

ZUR CHARTA OECUMENICA 2025

Impuls für die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich

19. März 2026

Dietmar W. Winkler (Salzburg)

Im Vorwort zur 2. Ausgabe der *Charta Oecumenica*, die am 5. November 2025 in Rom unterfertigt wurde, schreiben der Präsident der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), Erzbischof Nikitas von Thyateira und Großbritannien, und der Präsident des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE), Erzbischof Ginitaras Grušas von Vilnius:

„Seit mehr als zwei Jahrzehnten spielt die Charta [2001] eine wichtige Rolle bei der Förderung und Gestaltung ökumenischer Entwicklungen in vielen Teilen Europas. Die Charta Oecumenica wurde von den Kirchen in Europa unterschiedlich rezipiert. In einigen Regionen spielte sie kaum eine Rolle, in anderen bildete sie die Grundlage für ökumenische Diskussionen und Zusammenarbeit.... Seit der Unterzeichnung der Charta Oecumenica im Jahr 2001 haben sich Europa, die Kirchen und die Ökumene verändert. Angesichts dieser Entwicklungen sahen wir die Notwendigkeit, den Text zu aktualisieren.“

Der Einstieg macht deutlich, dass es sich bei der Neuauflage nicht einfach um eine Überarbeitung handelt, sondern um eine bewusste Reaktion auf die grundlegenden Veränderungen unserer Zeit. Europa hat sich verändert, die Kirchen haben sich verändert, und auch die ökumenische Bewegung steht heute vor völlig neuen Herausforderungen.

Der Untertitel der *Charta Oecumenica 2025* lautet Leitlinien für die wachsende Zusammenarbeit zwischen den Kirchen in Europa. Darin steckt bereits eine wichtige Grundidee: Es geht nicht um eine fertige Einheit, sondern um einen Prozess. Die Formulierung „wachsende Zusammenarbeit“ beschreibt sehr treffend, dass Ökumene kein Zustand ist, der irgendwann erreicht und abgeschlossen ist, sondern ein Weg, auf dem die Kirchen gemeinsam unterwegs sind. Einheit wird hier nicht als statisches Ziel verstanden, sondern als etwas, das sich entwickelt.

Die *Charta Oecumenica 2025* selbst ist ein gemeinsames Dokument europäischer Kirchen, allerdings kein ökumenisches Konsensdokument im Sinne eines Resultats eines multilateralen Dialogs. Vielmehr handelt es sich um eine freiwillige Selbstverpflichtung. Die Kirchen legen darin fest, wie sie miteinander umgehen und zusammenarbeiten wollen. Ihre Bedeutung liegt also weniger in einer rechtlichen Verbindlichkeit als vielmehr in ihrer orientierenden Kraft. Sie will eine Kultur des Dialogs fördern, eine Kultur der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Verständnisses – und zwar auf allen Ebenen kirchlichen Lebens.

1. Die Notwendigkeit der „Neuaufgabe“

Die erste *Charta Oecumenica 2001* war eine Reaktion auf die Umbrüche nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und auf die Hoffnung einer friedvollen und sozial gerechten Gestaltung des Kontinents. Nach dem Ende des Kalten Krieges war die Stimmung in Europa und im Westen insgesamt von großer Zuversicht geprägt. Besonders bekannt ist in diesem Zusammenhang die These des Politikwissenschaftlers Francis Fukuyama. Er vertrat die Auffassung, dass sich mit dem Zerfall der Sowjetunion die liberale Demokratie als überlegenes politisches System endgültig durchgesetzt habe. In seinem Konzept vom „Ende der Geschichte“ argumentierte er, dass es langfristig keine grundlegende Alternative mehr zu diesem Modell geben werde, weil es das menschliche Bedürfnis nach Freiheit und sozialer Anerkennung besser erfülle als andere Systeme.

Diese Erwartungen haben sich nicht bestätigt. Schon damals wurde Fukuyamas These kritisch diskutiert, und aus heutiger Perspektive zeigt sich erschreckend deutlich, dass sich vielerorts gegenteilige Entwicklungen beobachten lassen.

Statt einer globalen Ausbreitung liberaler Demokratien beobachten wir heute in vielen Regionen der Welt eine Rückkehr autoritärer Tendenzen – und das nicht nur außerhalb, sondern ebenso innerhalb der sogenannten westlichen Welt, wie etwa in den USA oder Ungarn. Staaten setzen wieder verstärkt auf Kontrolle statt auf Freiheit, und demokratische Institutionen geraten zunehmend unter Druck. In Europa werden demokratische Werte herausgefordert, durch populistische Bewegungen insbesondere am rechten Rand des politischen Spektrums, durch wachsende politische Polarisierung und ein schwindendes Vertrauen in staatliche und gesellschaftliche Institutionen. Digitale Medien verstärken diese Tendenzen oft noch, indem sie zur Verbreitung von Desinformation – durchaus auch staatlich gesteuert – und zur Bildung abgeschlossener Meinungs- und Echoräume beitragen.

Hinzu kommen neue geopolitische Spannungen und Konflikte, die die Hoffnung auf eine dauerhaft friedliche Weltordnung erschüttert haben. Kriege, internationale Machtkonkurrenz und wachsende Unsicherheiten prägen die Gegenwart stärker, als es viele noch in den 1990er-Jahren erwartet hätten.

Gleichzeitig hat sich das Verhältnis von Kirche und Gesellschaft grundlegend gewandelt. In vielen europäischen Ländern spielt Religion eine zunehmend geringere Rolle. Die Kirchen haben spürbar an Einfluss verloren, nicht zuletzt aufgrund eines erheblichen Glaubwürdigkeitsverlustes, der durch Missbrauchsskandale, rechtschristliche Strömungen und strukturelle Defizite verstärkt wurde. Dieser Vertrauensverlust hängt auch damit zusammen, dass sich Kirchen lange eher als Gegenüber der Gesellschaft verstanden haben, anstatt sich als Teil der Gesellschaft zu begreifen.

Ebenso hat sich die Rolle von Religion anders entwickelt, als lange Zeit erwartet wurde. Nach dem Zerfall des Eisernen Vorhangs verbanden viele mit Europa nicht

nur eine neue Friedensperspektive, sondern auch die Vorstellung einer fortschreitenden Säkularisierung. Religion, so die Annahme, würde zunehmend an Bedeutung verlieren. Heute zeigt sich ein differenzierteres Bild. Religion ist keineswegs verschwunden, sondern vielerorts wieder sichtbarer geworden, allerdings nicht nur in konstruktiver, sondern auch in konfliktbeladener Form.

Migration hat die religiöse Landschaft Europas deutlich verändert und dazu geführt, dass neue christliche Gemeinschaften gewachsen sind, während traditionelle Kirchen Mitglieder verlieren. Gleichzeitig ist die Vielfalt innerhalb des Christentums sichtbarer geworden, ebenso wie die Präsenz anderer Religionen und Weltanschauungen.

Diese Entwicklungen stellen neue Fragen an das Zusammenleben und auch an die Rolle der Kirchen in der Gesellschaft. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Befund aus Studien, die unter anderem von meinem Kollegen Anton A. Bucher (Praktische Theologie, Universität Salzburg) ausgewertet wurden: In Österreich nimmt die Religiosität in den Städten zu, während sie auf dem Land eher abnimmt. Wenn Sie das zunächst überrascht, muss man genauer hinschauen: Es geht hier um Religiosität insgesamt, nicht speziell um das Christentum. Gerade in den Städten ist durch Migration die religiöse Vielfalt gewachsen.

Die optimistischen Erwartungen des Jahres 2001 haben sich also in dieser Form nicht erfüllt. Stattdessen sind neue Herausforderungen entstanden: ethische, gesellschaftliche und anthropologische Fragestellungen haben an Bedeutung gewonnen, ebenso wie die Folgen rasanter technologischer Entwicklungen, insbesondere dort, wo sie Fragen der Menschenwürde berühren.

Hinzu kommen ökologische Herausforderungen, allen voran der Klimawandel, der längst spürbare Folgen hat. Steigende Temperaturen, Extremwetter und tiefgreifende Umweltveränderungen betreffen Lebensräume weltweit und verschärfen bestehende Ungleichheiten. Damit wird der Klimawandel auch zu einer ethischen Frage. Es geht nicht nur um Umweltpolitik, sondern um Gerechtigkeit, Verantwortung für die Mitwelt und die Frage nach einem nachhaltigen Lebensstil. Die Bewahrung der Schöpfung rückt dadurch neu ins Zentrum kirchlichen Handelns und stellt die Kirchen vor die Aufgabe, nicht nur zu mahnen, sondern selbst glaubwürdig voranzugehen.

Und nicht zuletzt steht Europa vor tiefgreifenden demographischen Veränderungen. Eine alternde Gesellschaft stellt neue Fragen nach Pflege, sozialer Gerechtigkeit und der Verantwortung zwischen den Generationen.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sollen diese Punkte für diesen Impuls zur Veranschaulichung gegenwärtiger Umbrüche genügen.

2. Die Reaktion der Kirchen durch die neue *Charta Oecumenica*

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, wie die *Charta Oecumenica 2025* auf diese vielfältigen Herausforderungen reagiert. Sie ist keine theoretische Bestandsaufnahme, sondern versteht sich als bewusste Antwort auf eine komplexer gewordene Wirklichkeit. Ein Blick auf die Entstehung der neuen Charta zeigt, dass es sich nicht um eine kurzfristige Überarbeitung handelt, sondern um das Ergebnis eines längeren, schrittweise gewachsenen Prozesses.

Die beiden tragenden Gremien, die KEK und der CCEE, haben 2022 offiziell einen Überarbeitungsprozess eingeleitet. Vorausgegangen waren jedoch eine über Jahre hinweg geführte Reflexionen über die Rezeption der *Charta Oecumenica 2001*. In unterschiedlichen Gremien, Konsultationen und im Austausch mit Mitgliedskirchen wurde danach gefragt, welche Wirkung das Dokument tatsächlich entfaltet hat und wo Weiterentwicklungsbedarf besteht. Diese Auseinandersetzung erfolgte weniger in Form eines klar abgegrenzten Gesamtprozesses als vielmehr als kontinuierliches gemeinsames Nachdenken.

Ein wichtiger Schritt war dabei ein intensiverer Studien- und Konsultationsprozess, der ab 2017 geführt wurde. Innerhalb des CCEE geschah dies vor allem über die katholischen Bischofskonferenzen, während die KEK ihre Mitgliedskirchen und ökumenischen Partner einbezog. Im Mittelpunkt sollen dabei sowohl inhaltliche Fragen gestanden sein, als auch die konkrete Umsetzung der Charta in den unterschiedlichen kirchlichen und gesellschaftlichen Kontexten Europas.

Die Entscheidung zur Neufassung im Jahr 2022 erscheint vor diesem Hintergrund weniger als Neubeginn denn als Ergebnis eines längerfristigen gemeinsamen Lernprozesses, in dem die Charta selbst als ein dynamisches, auf Rezeption angelegtes Dokument verstanden wurde.

Die *Charta Oecumenica 2025* ist somit ein Versuch, die ökumenische Bewegung neu zu verorten; dies nicht primär als innerkirchliches Einigungsprojekt, sondern als gemeinsame Verantwortung der Kirchen für eine zunehmend fragile, vielfältige und herausfordernde Welt.

3. Die Herangehensweise der Charta

Ein genauer Blick in die *Charta Oecumenica 2025* zeigt, dass sie die aktuellen Herausforderungen nicht nur thematisch aufgreift, sondern in einer klar durchdachten Struktur entfaltet. Ihr Aufbau folgt einer inneren Logik: von den geistlichen Grundlagen über das konkrete ökumenische Miteinander hin zur gemeinsamen Verantwortung in der Welt.

Am Beginn stehen grundlegende ökumenische Verpflichtungen (*I. Wir glauben „die eine, heilige, katholische und apostolische Kirche“*): Die Charta erinnert daran, dass die Einheit der Kirche im gemeinsamen Glauben gründet und nicht zuerst

organisatorisch hergestellt werden kann. Entsprechend betont sie das gemeinsame Gebet, die geistliche Gemeinschaft und die Bereitschaft zur Umkehr. Ökumene wird als geistlicher Prozess verstanden, der Vertrauen wachsen lässt und Versöhnung ermöglicht. In einer Zeit zunehmender Spaltung ist das ein bewusst gesetzter Ausgangspunkt.

Darauf aufbauend entfaltet die Charta konkrete Leitlinien für das Zusammenleben der Kirchen (*II. Auf dem Weg zur sichtbaren Einheit der Kirchen*): Sie spricht von der Notwendigkeit, Vorurteile abzubauen, Differenzen ehrlich zu benennen und dennoch verbindlich zusammenzuarbeiten. Aufeinander zugehen, gemeinsames Zeugnis geben und Dialog wie Zusammenarbeit fortsetzen. Diese Perspektive ist besonders wichtig angesichts der veränderten kirchlichen Landschaft Europas und erfordern einen

„Geist der Ehrlichkeit, der Demut, der Buße und des unmissverständlichen Bekenntnisses zum befreienden Evangelium Christi auf jegliche Tendenzen des Fundamentalismus oder der Polarisierung in den Kirchen oder des Missbrauchs von Religion“ (II.5).

Es erfordert die unbedingte Einbindung der Jugend, die sich oftmals von den Kirchen nicht angesprochen fühlen, weil *„ihre Kultur und Sprache für die jüngeren Generationen wenig Bedeutung haben“* (II.6).

Im nächsten Schritt weitete die Charta den Blick auf die gesellschaftliche Verantwortung der Kirchen (*III. Begegnungsräume in Europa*). Hier zeigt sich besonders deutlich ihre Aktualität. Angesichts politischer Spannungen, wachsender Polarisierung und neuer Konflikte betont sie den Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde. Sie fordert die Kirchen auf, sich klar gegen Nationalismus, Extremismus und die Instrumentalisierung von Religion zu stellen und stattdessen aktiv an einer Kultur des Dialogs mitzuwirken. Es gilt ebenso die gewachsene Vielfalt nicht als Störung wahrzunehmen, sondern als Realität, die ökumenisch gestaltet werden muss:

„Christen in Europa sind Teil der globalen Menschheitsfamilie. Wir verstehen die Vielfalt unserer regionalen, nationalen, kulturellen und religiösen Traditionen als bereichernd. Dennoch können unterschiedliche Hintergründe zu Kontroversen in Fragen der Ethik und des Glaubens führen. Als Christen sind wir aufgerufen, uns in einem zuhörenden, differenzierenden und liebenden Geist miteinander auseinanderzusetzen.“ (III.7)

Ein eigenes Gewicht erhält der interreligiöse Dialog. Die Charta reagiert damit auf die religiöse Pluralität Europas. Sie hebt die besondere Verantwortung im Verhältnis zum Judentum hervor und verbindet dies mit einer klaren Absage an Antisemitismus. Gleichzeitig wird der Dialog mit dem Islam und anderen Religionen und Weltanschauungen als unverzichtbarer Bestandteil eines friedlichen Zusammenlebens beschrieben. Ökumene wird hier bewusst über die Grenzen des Christentums hinaus geöffnet.

Im IV. Kapitel (Felder gemeinsamer Verantwortung und gemeinsamen Engagements in Europa) wird die gemeinsame Verantwortung für einen gerechten Frieden und für Versöhnung eingemahnt. „*Friede ist nicht einfach die Abwesenheit von Krieg. Es gibt keinen wahren Frieden ohne Fairness, Wahrheit, Gerechtigkeit und Solidarität*“, so die Charta Oecumenica (IV.11).

Ein weiterer zentraler Abschnitt widmet sich der Verantwortung für die Schöpfung. Die Charta greift damit die ökologischen Herausforderungen unserer Zeit auf und deutet sie theologisch. Der Klimawandel erscheint nicht nur als Umweltproblem, sondern als Frage der Gerechtigkeit und der Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Die Kirchen werden dazu aufgerufen, diesen Auftrag auch im eigenen Handeln sichtbar zu machen.

Auch Migration, Flüchtlinge und Vertriebene werden ausdrücklich thematisiert. Die Charta erkennt sie als prägende Realität Europas an und fordert eine Haltung der Gastfreundschaft, des Schutzes und der Integration. Zugleich wird deutlich, dass Migration das kirchliche Leben selbst verändert und bereichert. Ökumene bedeutet daher auch, diese neuen Formen von Kirche wahrzunehmen und einzubeziehen.

Schließlich greift die Charta neuere Entwicklungen wie Digitalisierung und technologische Innovationen auf. Sie stellt die Frage, wie diese im Sinne der Menschenwürde gestaltet werden können, und macht deutlich, dass technischer Fortschritt ethischer Orientierung bedarf.

Insgesamt wird so eine klare Bewegung sichtbar: von der geistlichen Grundlage über das konkrete ökumenische Handeln hin zur gemeinsamen Verantwortung in einer komplexen Welt. Genau darin liegt eine Stärke der *Charta Oecumenica 2025*. Sie bleibt nicht bei allgemeinen Appellen stehen, sondern verbindet innere Erneuerung mit äußerem Engagement. Vor dem Hintergrund des Vertrauensverlustes vieler Kirchen gewinnt dieser Ansatz besondere Bedeutung. Die Charta macht deutlich, dass Glaubwürdigkeit heute dort entsteht, wo Kirchen gemeinsam handeln und Verantwortung übernehmen.

Die *Charta Oecumenica 2025* ist kein Abschlussdokument eines Dialogprozesses, sie ist vielmehr eine Wegbeschreibung, ein Leitfaden für eine Ökumene, die sich in einer veränderten Welt völlig neu bewähren muss.

4. Was folgt daraus?

Damit stellt sich die entscheidende Frage, was diese Charta konkret bedeutet; nicht nur für die Kirchen als Institutionen, sondern für das ökumenische Leben im Alltag. Denn sie beschreibt einen Weg, garantiert aber nicht, dass er auch gegangen wird.

Es muss allerdings gefragt werden: Wissen die christlichen Kirchen und Gemeinden in Österreich überhaupt, dass es die *Charta Oecumenica 2025* gibt? Darin läge nämlich zunächst eines der größten Probleme dieses Dokuments. Es will gerade

kein Papier sein, das in kirchlichen Ablagen oder diözesanen Archiven verschwindet. Vielmehr ist sie bewusst praxisorientiert angelegt und versteht sich als Grundlage gemeinsamen Handelns. Anders als viele ökumenische Texte zielt sie weniger auf kontroverstheologische Klärungen als vielmehr auf konkrete Schritte im kirchlichen und gesellschaftlichen Alltag.

Dabei ist sie keineswegs irgendein unverbindliches Positionspapier. Sie ist ein gemeinsames Dokument der europäischen Kirchen – getragen von KEK und CCEE. Mit anderen Worten: Es ist ein Text, hinter dem die Kirchen in Europa gemeinsam stehen. Kein Bischof, keine Kirchenleitung und letztlich auch keine Gemeinde kann einfach sagen, diese Selbstverpflichtung gehe sie nichts an.

Darin liegt auch die eigentliche Schwierigkeit: Entscheidend ist nicht, dass die Charta unterzeichnet wurde, sondern dass sie vor Ort wirksam wird. Erst im Rezeptionsprozess wird ein Text lebendig. Vielleicht ist diese Situation jedoch gar nicht so ungewöhnlich. Ähnliche Dynamiken kennen wir aus anderen kirchlichen Kontexten: Pastorale Leitlinien, synodale Texte oder strategische Papiere, diözesane Entwicklungsprozesse und Zukunftsinitiativen werden mit großem Engagement erarbeitet, sorgfältig formuliert und offiziell verabschiedet, und geraten in der Praxis dennoch nicht selten wieder aus dem Blick.

Denken wir etwa an das gemeinsame Grundsatzdokument der christlichen Kirchen in Österreich zur sozialen Lage und Verantwortung in der Gesellschaft, das *Österreichische Sozialwort*, erstmals 2003 veröffentlicht sowie 2018 aktualisiert und fortgeschrieben. Es handelt sich um ein außergewöhnlich fundiertes und breit abgestimmtes Dokument mit hohem Anspruch. Und doch muss man feststellen: In vielen Gemeinden blieb es kaum präsent. Zugleich ist festzuhalten, dass es mit einer Pressekonferenz und medialer Begleitung vorgestellt wurde, eine gewisse gesellschaftspolitische Resonanz auch im politischen Raum hatte und war damit – und das ist besonders wichtig – über kirchliche Kreise hinaus sichtbar!

Die Gefahr ist also nicht neu. Auch die *Charta Oecumenica 2025* könnte das ökumenische Schicksal der Schubladisierung, Ablegung und Archivierung teilen, nach dem Motto: Viel Zustimmung auf dem Papier, wenig Wirkung im kirchlichen Alltag.

Für die Kirchen ist dies ein entscheidender Punkt der Glaubwürdigkeit. Die Charta fordert die Kirchen nicht nur zum Reden, sondern zum Handeln auf. Sie wird nur dann ernst genommen werden, wenn dieses Handeln auch sichtbar wird.

Für Österreich bedeutet das zunächst etwas sehr Einfaches und Grundlegendes: Die Charta muss überhaupt bekannt werden!

Doch dabei darf es nicht bleiben. Die Charta entfaltet ihre Wirkung erst dann, wenn sie in konkrete Praxis übersetzt wird. Eine zentrale Rolle muss dabei der

Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich spielen, indem er die Inhalte (oder: einzelne Inhalte) ganz konkret aufgreift und in gemeinsame Initiativen überführt.

Mindestens ebenso wichtig ist die lokale Ebene. Ökumene entscheidet sich nicht in einer diffusen ökumenischen Metaebene, sondern vor Ort. In Pfarren, Gemeinden und ökumenischen Arbeitskreisen könnte die Charta zum Ausgangspunkt ganz konkreter Schritte werden: etwa durch Kooperation in der Sozialarbeit, durch gemeinsame Stellungnahmen zu gesellschaftlichen Fragen, durch ein Vorleben der Dialog- und Diskursfähigkeit, durch Projekte im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit.

Auch im interreligiösen Bereich ergeben sich praktische Ansatzpunkte: Begegnungen, Dialogformate und gemeinsame Initiativen für ein friedliches Zusammenleben könnten bewusst aus dem Geist der *Charta Oecumenica 2025* heraus gestaltet werden.

Letztlich hängt alles an einer einfachen Einsicht: Verbindlichkeit entsteht nicht durch ein Dokument, sondern durch gelebte Praxis. Wenn die Charta nicht in die kirchlichen Strukturen aufgenommen wird, wenn sie nicht in den Gemeinden diskutiert und umgesetzt wird, dann bleibt sie wirkungslos.

Oder anders gesagt: Die Charta beschreibt einen Weg, aber gehen müssen ihn die Kirchen selbst, und das gemeinsam. Dieser Weg beginnt nicht irgendwo auf europäischer Ebene, nicht in Rom, Paris, London, Konstantinopel oder Wittenberg, sondern hier vor Ort.